

Gemeinsame Pressemitteilung – Landeselternrat & zehn Kreiselterneräte Sachsens



Die letzten Wochen waren für die meisten Eltern außerordentlich hart! Das meint nicht nur die Mehrfachbelastung, die die Situation derzeit mit sich bringt. Was viele unter uns Elternvertretern als ausgesprochen belastend empfinden ist der Umstand, nicht gehört zu werden. Wir stecken viel Kraft und Zeit in unsere ehrenamtliche Tätigkeit, sprechen und schreiben mit vielen Eltern, Lehrkräften und Schulleitungen, Referendaren, SchülerInnen und natürlich auch den verantwortlichen Personen im Staatsministerium für Kultus. Es ist verständlich, dass wir nicht immer alle einer Meinung sind, dass Argumente ausgetauscht werden und durch unterschiedliche Prioritäten unterschiedliche Meinungen entstehen. Was allerdings nicht verständlich ist, ist der politische Kurs, der mit den Eltern und allen an Schule Beteiligten gefahren wird!



Damit Entscheidungsträger ihre Kraft nutzen, um tragfähige Konzepte für die Bildungseinrichtungen zu entwickeln, haben wir uns in den letzten Wochen sehr mit öffentlicher Kritik zurückgehalten. Um dies zu unterstützen, haben wir viele Vorschläge unterbreitet, wie man diverse Themen angehen kann und was es zu bedenken gilt. Dies betrifft alle Bereiche, die derzeit ganz drängend sind, von der technischen Ausstattung und den Lernplattformen, über das Thema Unterrichtsabdeckung hin zu Notbetreuung. Und natürlich ganz weit vorn die Abschlussprüfungen sowie die Umsetzbarkeit der Lehrpläne in diesem Schuljahr. Diese Vorschläge waren nicht aus der Luft gegriffen, sondern mit vielen Personen aus unterschiedlichen Elternräten diskutiert, mit Leuten aus der Praxis wurde die Umsetzbarkeit erörtert und mit viel Hoffnung und Herzblut den Entscheidungsträgern vorgetragen. Es ist extrem frustrierend, wenn man bemerkt das man nicht gehört wird bzw. dass Einwände abgetan werden.



Wir merken immer wieder, dass bei vielen Punkten mit Lehrervertretern, Schulleitungen, SchülerInnen und anderen direkt Betroffenen Einigkeit besteht, dass man gut zusammenarbeitet, um gemeinsam das Bestmögliche zu erreichen. Doch wir sind in bestimmten Punkten darauf angewiesen, dass Gesetzgebung und Verwaltung Rahmenbedingungen schafft, mit denen auch gearbeitet werden kann. Die Verfehlungen der letzten Wochen aufzuzählen (man erwähne nur LernSax und der fehlende Plan B) würde den Rahmen sprengen und bringt uns akut auch nicht weiter. Daher wollen wir uns auf die Themen beziehen, die für die kommenden Wochen anstehen:



- Abschlussprüfungen
- Erfüllung der Lehrpläne
- Notbetreuung und andere Unterstützung

**KER Sächsische Schweiz /
Osterzgebirge**



Abschlussprüfungen:

Wir sind in Sachsen zu Recht stolz darauf, dass unsere SchülerInnen mit einem sehr hochwertigen Abschluss die Schulen verlassen und es geht nicht darum, dass Abschlüsse nun wie Bonbons verteilt werden. Was allerdings auch nicht geht ist der derzeitige Plan, alles wie immer zu lassen, aber mehr Zeit in den Prüfungen zu gewähren. Wenn Stoff pandemiebedingt nicht vermittelt werden konnte, dann helfen mir auch drei weitere Stunden nichts!

Wir haben derzeit die Situation, dass es an den Schulen unterschiedlicher nicht sein könnte. Es gehörte schon immer eine Portion Glück dazu, wie gut man mit der jeweiligen Lehrkraft und dem Unterrichtsstil zurechtkommt. In der derzeitigen Situation ist es jedoch keine gute Idee, dass Prüfungen komplett zentral gestellt werden. Während einige Schulen bis Mitte Dezember nahezu uneingeschränkt Unterricht anbieten konnten, mussten andere Schulen geschlossen werden oder SchülerInnen und Lehrpersonal sich teils mehrfach in Quarantäne begeben. Weiter geht es hier natürlich mit der unterschiedlichen technischen Ausstattung, dem unterschiedlich guten Breitbandausbau usw. Wenn man nun all diese Faktoren betrachtet, sollte man sich den Gleichheitsgrundsatz einmal ganz deutlich vor Augen führen, denn darin heißt es auch, dass Ungleiches ungleich zu behandeln ist.

Wir möchten daher nochmals den Vorschlag wiederholen, welcher auch von Seite der Lehrerverbände geäußert wurde, dass es einen Pool gleichwertiger Aufgaben für die Abschlussprüfungen geben sollte und an jeder Schule individuell zu prüfen wäre, was adäquat behandelt wurde und diese Aufgaben dann zu wählen. Dies hätte den Charme, dass vergleichbare aber nicht gleiche Abschlussprüfungen gegeben sind.

Hinsichtlich dessen, dass man sich bis zu den Prüfungen auf die Prüfungsfächer konzentriert und im Nachgang auf die Fächer, für die man sonst noch Noten für das Zeugnis benötigt, bringt massiven organisatorischen Aufwand für die Schulen mit sich, ist ineffizient im Hinblick auf den Lehrereinsatz und noch deutlicher kann man „Lernen- Prüfen- Vergessen“ nicht propagieren. Da man aber an den zentralen Abschlussprüfungen festhalten will, wird all das in Kauf genommen.

Erfüllung der Lehrpläne:

Angesichts dessen, dass seit Mitte März massive Einschränkungen im Schulalltag vorhanden waren, kann nicht davon ausgegangen werden, dass eine komplette Erfüllung der Lehrpläne in diesem Schuljahr leistbar ist.

Sowohl Elternvertreter wie auch Lehrervertretungen haben hier deutlich gemacht, dass es einheitliche Vorgaben benötigt, welche Gebiete gekürzt oder gestrichen, aber auch, welche Themen in das kommende Schuljahr geschoben werden können. Dadurch wird sichergestellt, dass nicht versehentlich Grundlagen weggelassen werden, die die nächste Lehrkraft voraussetzt. Es würde massiv Druck bei SchülerInnen, Lehrpersonal und Eltern herausnehmen und es würden sich auch keine größeren Probleme ergeben, wenn die Schulart gewechselt wird, denn es wurde ja einheitlich gemacht.

Ehrlicherweise hatten auf diesen Plan sehr viele Eltern gehofft, damit man nicht ständig diese Angst haben muss, dass die Kinder die Defizite die kommenden Jahre mitnehmen. Wir haben auch an dieser Stelle darauf vertraut, dass im Staatsministerium für Kultus Fachkräfte sitzen,

die dieses Thema anpacken und es einen richtigen Plan gibt – und wir wurden wieder enttäuscht. Stattdessen kommen Aussagen, dass bis zum 4. Dezember Regelbetrieb herrschte und daher nahezu keine Defizite vorhanden sind, dass doch jeder Lehrer weiß, was im späteren Schulleben noch benötigt wird und der Rest kann dann auch gekürzt werden und es wird sogar der gesamte Lehrplan dahingehend in Frage gestellt, dass dies ja nur „eine Gehhilfe“ sei und LehrerInnen mit ihrer pädagogischen Kompetenz schon das Richtige machen werden. Wir wollen damit keinesfalls zum Ausdruck bringen, dass den Lehrkräften pädagogische Kompetenz fehlt, jedoch ist es unredlich, diese Verantwortung für die Lehrinhalte vollumfänglich auf jeden einzelnen Lehrer abzuwälzen. Das wohl einfachste Beispiel ist dabei der Wechsel an eine andere Schule, was ja nun einmal vorkommt, allein wenn der Wechsel aus der Grund- in die weiterführende Schule ansteht. Mit ziemlich viel Pech sitzen dann in der neuen 5. Klasse Schüler aus zehn Grundschulen, wobei an jeder Grundschule die LehrerInnen etwas anderes für verschiebbar hielten.

Daher nochmals die eindringliche Bitte an die Schulaufsichtsbehörden SMK und LaSuB: Geben Sie einheitlich vor, welche Themengebiete gekürzt, gestrichen oder geschoben werden können. Nutzen Sie die FachberaterInnen, die ausgezeichnete Kenntnisse über die Details auf diesem Gebiet haben, um hier schnellstmöglich Ergebnisse zu erzielen!

Zudem fehlen uns auch Konzepte dahingehend, wie die SchülerInnen unterstützt werden können, die es in den letzten Monaten besonders schwer hatten und bei denen die Defizite noch größer sind. Denkbar wäre hier die Zusammenarbeit mit Studierenden, Nachhilfeanbietern, anderem pädagogischen Personal, GTA-Kräften usw., um ein Angebot zu schaffen, welches diesen Lernenden die notwendige Unterstützung zuteilwerden lässt, die sie benötigen. Es wurde durch das Kultusministerium immer wieder betont, dass den SchülerInnen aufgrund der Corona-Pandemie keine Nachteile entstehen sollen. Auf dieses hehre Ziel sollte nun auch hingearbeitet werden und es muss dabei denen besonders geholfen werden, die diese Unterstützung über das Normalmaß hinaus nötig haben.

Notbetreuung und andere Unterstützung:

Dass diverse Defizite hinsichtlich der Konzeption der Notbetreuung bestehen, wurde schon mehrmals angebracht, nicht aber beachtet. Eltern in systemrelevanten Berufen sind hier besonders im Hintertreffen, obwohl sie doch am meisten unterstützt werden sollten! Abgesehen davon, wie hart der Alltag für sie zumeist ist, können sie ihre Kinder nach der 4. Klassenstufe nicht betreuen lassen, es kann nicht überall sichergestellt werden, dass die Schulaufgaben während der Notbetreuung erledigt werden und die KiTa- und Hortgebühren fallen in voller Höhe an, auch wenn sich viele Eltern bemüht haben, die Notbetreuung so wenig wie möglich zu nutzen.

Es wurde auch nicht ernsthaft daran gearbeitet, wie Eltern sonst unterstützt werden können, um alles miteinander zu vereinbaren, sich keine zu großen finanziellen Sorgen machen zu müssen und trotz allem einen angemessenen Gesundheitsschutz gewährleistet ist.

In diesen besonderen Zeiten bedarf es der Unterstützung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dafür ist es allerdings auch notwendig, dass in Politik und Verwaltung ressortübergreifend zusammengearbeitet wird. Wenn im Bereich Kinderbetreuung und Schule Entscheidungen getroffen werden, so hat das Auswirkungen und diese sind vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit und Soziales so zu kompensieren, dass ein für alle Seiten

erträgliches Gesamtkonzept zu erarbeiten ist. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Eltern teils derart viel aufgebürdet wird, dass einige zu zerbrechen drohen!

Es ist eine Ausnahmesituation, es ist Pandemie! Kopf in den Sand stecken oder behaupten, es gäbe keine Probleme, ist kein tragfähiges Gesamtkonzept!

Mit freundlichen Grüßen

Landeselternrat Sachsen

Kreiselternerat Bautzen

Kreiselternerat Chemnitz

Kreiselternerat Dresden

Kreiselternerat Erzgebirge

Kreiselternerat Görlitz

Kreiselternerat Meißen

Kreiselternerat Mittelsachsen

Kreiselternerat
Nordsachsen

Kreiselternerat Sächsische
Schweiz/ Ostergebirge

Kreiselternerat Vogtlandkreis